Gülistan Yüksel –

Miteinander. Für Deutschland.

SPD

Newsletter der SPD Abgeordneten aus Mönchengladbach | Juli 2015

Ausgabe 9/2015

- Verhandlungen über neues Hilfspaket für Griechenland — ***Seite 2***
- Fracking — ***Seite 3***
- Krankenhausstrukturgesetz — ***Seite 4***
- Nachbericht: „Sterbehilfe – Eine Frage der Moral? — ***Seite 6***
- Besuch aus dem Wahlkreis — ***Seite 7***
- Neues von den Fohlen des Bundestages — ***Seite 8***

Weitere Informationen finden Sie auch auf meiner Internetseite:

www.guelistan-yueksel.de

Oder auf Facebook:

Gülistan Yüksel - Miteinander. Für Deutschland.

Sehr geehrte Leserinnen und Leser,

Liebe Freundinnen und Freunde der Sozialdemokratie,

in Berlin ist aktuell parlamentarische Sommerpause. In der vergangenen Woche wurde diese aufgrund der Debatte zur Aufnahme neuer Verhandlungen bezüglich eines neuen Hilfspakets für Griechenland aber bereits einmal unterbrochen. Meine Position dazu möchte ich Euch in diesem Newsletter näherbringen.

Wir haben ein erfolgreiches erstes Halbjahr 2015 hinter uns. Ob Frauenquote, Mietpreisbremse, höheres Wohngeld und mehr Geld für Familien und Alleinstehende, Kitaplätze und BAföG: Viele wichtige Themen wurden angegangen und umgesetzt. Um Daseinsvorsorge und Investitionen vor Ort zu sichern, haben wir zudem ein milliardenschweres Entlastungspaket für Kommunen durchgesetzt. Gleichzeitig sorgen wir mit einem ausgeglichenen Haushalt dafür, dass wir nicht länger auf Kosten unserer Kinder und Enkelkinder leben.

Auch in den kommenden Monaten gibt es viel zu tun: z.B. den Missbrauch von Werk- und Leihverträgen einzudämmen, die Lohndiskriminierung von Frauen zu stoppen oder eine verfassungsfeste, gerechte Besteuerung vererbten Vermögens zu sichern. Ein modernes, erfolgreiches Deutschland und eine gute Zukunft für die Menschen in unserem Land - das bleibt auch nach der Sommerpause die Leitschnur meiner Politik.

Ich wünsche Euch und Euren Familien eine erholsame und hoffentlich sonnige Sommerzeit, egal ob am Meer, in den Bergen oder daheim.

Herzlichst, Eure

Gülistan Yüksel

Aktuelles aus dem Bundestag

„Verhandlungen über neues Hilfspaket für Griechenland“

Die Euro-Zone hat sich mit der griechischen Regierung auf ein Reformprogramm verständigt. Die Einigung entspricht der sozialdemokratischen Vorstellung von Solidarität als Hilfe zur Selbsthilfe. Dazu gehören auch zumutbare eigene Anstrengungen. Es ist nun am griechischen Parlament, die richtigen Zeichen zu setzen und Reformen voranzutreiben. Am 17. Juli 2015 hat der Deutsche Bundestag über die Aufnahme neuer Verhandlungen debattiert. Es ist das oberste Ziel, Europa zusammenzuhalten und verlorenes Vertrauen wieder aufzubauen. Die Folgen eines Scheiterns wären für alle unabsehbar. Daher habe ich der Aufnahme neuer Verhandlungen zugestimmt. Die eigenen Erfahrungen aus Deutschland weisen auf die Notwendigkeit hin, dass Griechenland dringender denn je Rahmenbedingungen für Investitionen, Wachstum und Binnennachfrage braucht. Es ist offensichtlich, dass eine Fiskalpolitik, die nur Sparen im Sinn hat, längst an ihre Grenzen gestoßen ist. Daher bin ich davon überzeugt, dass die Aufnahme neuer Verhandlungen dringend notwendig ist.

In einem zweiten Schritt müssen nun die Details des neuen Hilfsprogramms konkret ausgehandelt werden. Diese werden dann in einer Absichtserklärung über ein wirtschaftliches Anpassungsprogramm und einer Finanzhilfevereinbarung festgeschrieben. Beide Dokumente müssen dann erneut vom Deutschen Bundestag gebilligt werden, bevor sie auf europäischer Ebene beschlossen werden können.

Die Position der SPD war immer, dass Solidarität in Europa keine Einbahnstraße sein kann. Wenn Europa solidarisch ist mit Griechenland und Milliardenkredite geben sollte, dann darf und muss Europa im Gegenzug erwarten, dass die griechische Politik die Entscheidungen trifft und umsetzt, die unabdingbar sind, um die Probleme in Griechenland zu lösen. Gerade in den letzten Monaten ist hier sehr viel Vertrauen zerstört worden, das jetzt Schritt für Schritt wieder aufgebaut werden muss. Die griechische Regierung muss die Glaubwürdigkeit der Reformzusagen nachweisen. Besonders nach ihrem Wahlkampf für ein „Nein“ im Referendum ist das keine leichte Aufgabe. Versprechungen und Zusagen alleine reichen hier nicht aus. Daher stehen nun harte Verhandlungen an, bevor der Deutsche Bundestag über die Vergabe neuer Kredite (mit-)entscheiden wird.

„Fracking“

Die Entscheidung über die geplanten Regelungen für das Gesetzespaket zum Fracking wurde auf die Zeit nach der Sommerpause verschoben. Es ist notwendig sich für die Klärung der zentralen Fragen noch etwas Zeit zu nehmen. Es gilt Gründlichkeit vor Schnelligkeit. Die Niederlande hat ein fünfjähriges Moratorium für das kommerzielle Fracking verhängt. Damit sind auch die Überlegungen zur Förderung von Schiefergas in der deutsch-niederländischen Grenzregion erst einmal gestoppt. Das Moratorium nach niederländischem Vorbild sollte auch die Leitschnur der SPD für das im Herbst erneut zu beratende Gesetzespaket sein.

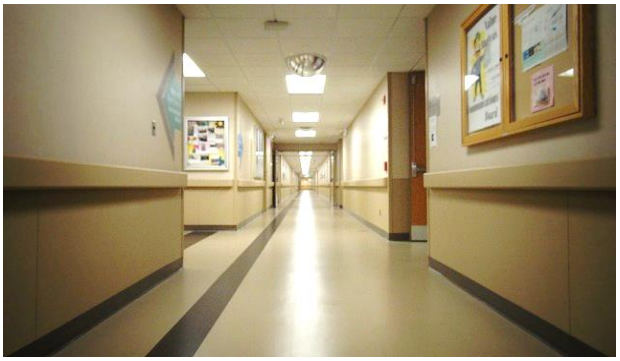
Derzeit liegt ein Regelungspaket vor, welches das rechtliche Vakuum beim Fracking ausfüllt. Sämtliche Umweltstandards werden erheblich verbessert, gleichzeitig wird Rechtssicherheit für Bürgerinnen und Bürger, für Behörden und für Unternehmen geschaffen. Damit nehmen die vorliegenden Gesetzentwürfe endlich das in Angriff, was die schwarz-gelbe Vorgängerregierung nicht geschafft hat. Ein Scheitern dieses Gesetzes würde hingegen bedeuten, dass Fracking mit umweltschädlichen, nicht klar definierten Standards nicht ausgeschlossen werden kann.

Den Entwurf des Regelungspakets wollen wir aber an für uns entscheidenden Punkten noch verbessern: Unser zentrales Anliegen ist, dass der Bundestag im Umgang mit unkonventionellem Fracking das letzte Wort hat. Aus unserer Sicht sollte die von der Union hineinverhandelte Expertenkommission lediglich eine Beratungs- und Beurteilungsfunktion haben, die sie im Rahmen von Erprobungsmaßnahmen ausübt. Einer Selbstentmachtung der gewählten Volksvertretung kann und wird die SPD nicht zustimmen. Über die Risikotechnologie Fracking kann nur der demokratisch legitimierte Bundestag entscheiden.

Im vorliegenden Gesetzentwurf ist die Anzahl der Probebohrungen nicht begrenzt. Die Zahl der Erprobungsmaßnahmen muss aber auf das wissenschaftlich notwendige Maß beschränkt werden. Darüber hinaus streben wir eine Beteiligung der Länder gemäß des Koalitionsvertrags im Rahmen der Probebohrungen an. Wir sind der festen Überzeugung, dass sich nur gemeinsam mit den Ländern Akzeptanz bei solchen Vorhaben gewinnen lässt. Die noch offenen Punkte werden wir gemeinsam mit unserem Koalitionspartner klären. Dabei gelten für uns weiterhin der Grundsatz „Gründlichkeit vor Schnelligkeit“ sowie die Notwendigkeit einer intensiven und sorgfältigen Beratung im Sinne der Fraktion und des Parlaments. Sollten sich in den Verhandlungen keine signifikanten Verbesserungen erzielen lassen, halte ich ein Moratorium aktuell für den einzig gangbaren Weg.

„Krankenhausstrukturgesetz“

Am 2. Juli hat der Bundestag in erster Lesung über den Gesetzentwurf der Koalitionsfraktionen für eine Krankenhausreform (Krankenhausstrukturgesetz – KHSG) beraten. Wie nicht anders zu erwarten war, wird der Gesetzentwurf von verschiedenen Seiten kritisiert. Während die Krankenkassen vor steigenden Ausgaben in Höhe von 5 Mrd. Euro bis zum Jahr 2020 warnen, klagt die Krankenhausseite gleichzeitig über eine Verschlechterung der Situation der Krankenhäuser und Kürzungen in Höhe von 1 Mrd. Euro im Jahr 2017.



Der Gesetzentwurf entstand auf der Grundlage von Eckpunkten, die eine Arbeitsgruppe von Bund und Ländern gemeinsam erarbeitet hat. Dabei wurde im Vorfeld sehr sorgfältig auch über die finanzielle Tragweite der Reform beraten. Immer wieder wird vorgetragen, dass das Hauptproblem der Krankenhäuser in der unzureichenden Investitionskostenfinanzierung durch die Länder bestehe und dieses Problem in der Krankenhausreform nicht angegangen werde. Die Investitionskostenfinanzierung der Krankenhäuser durch die Länder ist in der Tat unzureichend. Angesichts der langfristig rückläufigen Investitionsmittel der Länder finanzieren Krankenhäuser notwendige Investitionen in steigendem Umfang aus den Betriebsmitteln. Hierdurch werden die für die Patientenversorgung vorgesehenen Mittel verknappt, was dann z.B. auch die verfügbaren Mittel für Pflegepersonal betrifft. Der Bundesgesetzgeber kann den Ländern keine verbindliche Investitionskostenfinanzierung vorgeben. In den Eckpunkten zur Krankenhausreform haben sich die Länder aber zumindest verpflichtet, „die Investitionsmittel für ihre Krankenhäuser in notwendigem Umfang bereitzustellen“.

Die Ausgaben der Krankenversicherungen für die Krankenhäuser sind in den vergangenen Jahren kontinuierlich gestiegen. Von 45 Mrd. Euro in 1993 wuchsen die Ausgaben von gesetzlichen und privaten Krankenversicherungen auf rund 82,3 Mrd. Euro in 2013. Da der Krankenhausbereich mit rund 33 % der größte Ausgabenposten der gesetzlichen Krankenversicherungen ist, hat der Gesetzgeber eine besondere Verantwortung für die finanziellen Belastungen, die die Beitragszahler in Zukunft zu tragen haben.

Gleichzeitig haben wir die schwierige Situation der Krankenhäuser im Blick – insbesondere hat es sich die SPD zur Aufgabe gemacht, spürbare Verbesserungen für das Pflegepersonal auf den Stationen zu erreichen. Vor dem Hintergrund demografischer Veränderungen und dem medizintechnischen Fortschritt soll auch künftig eine gut erreichbare, qualitativ hochwertige Krankenhausversorgung sichergestellt sein. Gute Versorgung und Pflege im Krankenhaus können nur gelingen, wenn Ärztinnen und Ärzte sowie Pflegepersonal nicht dauerhaft überlastet sind. Das im Gesetz vorgesehene Pflegestellen-Förderprogramm, mit dem in drei Jahren 660 Mio. Euro zusätzlich an die Krankenhäuser fließen sollen, wollen wir daher verdoppeln.

Über den Gesetzentwurf wird nach der Sommerpause noch detailliert verhandelt werden. Die Positionen der Krankenhausseite werden ebenso in die Diskussionen einfließen, wie die Stellungnahmen aller anderen Verbände und Organisationen. Die Sorgen und Nöte der Krankenhäuser nehmen wir sehr ernst. Mit den vorgetragenen Argumenten und Zahlen werden wir uns eingehend und gründlich auseinandersetzen.

Konkreten Nachbesserungen verschließen wir uns nicht, wenn sie sachlich gerechtfertigt sind. Wir sind allerdings davon überzeugt, dass die Grundprinzipien richtig sind, nach denen die Regelungen des Krankenhausstrukturgesetzes formuliert sind. Deshalb stehen wir auch zu den Gesamtwirkungen, die unsere Reform entfalten wird: Verbesserungen für das Pflegepersonal, mehr Qualität bei der Versorgung, eine bessere Finanzierung für die Krankenhäuser und Unterstützung für die notwendigen Umstrukturierungen in den Ländern.

Nachbericht: „Sterbehilfe – Eine Frage der Moral?“

Der Bundestag hat am 2. Juli seine Beratung über das Thema Sterbehilfe fortgesetzt und über vier Gesetzentwürfe aus den Reihen der Abgeordneten diskutiert. Der Bundestag wird im Herbst ohne die sonst übliche Fraktionsdisziplin darüber abstimmen. Ich freue mich sehr, dass ich in diese Debatte auch Eindrücke aus meinem Wahlkreis mitnehmen konnte. Zu der öffentlichen Diskussionsveranstaltung am 27. Juni 2015 im Verwaltungsgebäude der städtischen Kliniken Mönchengladbach kamen gut 100 Bürgerinnen und Bürger, um mit Bärbel Bas, MdB, den Vertretern des Klinischen Ethikkomitees der Städtischen Kliniken Mönchengladbach und mir über das sensible und sehr persönliche Thema der Sterbehilfe zu diskutieren.

Im Einführungsvortrag stellte die parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Bundestagsfraktion Bärbel Bas, zunächst die geplanten Gesetzesinitiativen vor. Auf dieser Grundlage entwickelte sich eine lebhafte, gut zweistündige Diskussion. Jeder möchte in Würde sterben und hat Angst vor Schmerzen am Lebensende, darüber waren sich alle Diskussionsteilnehmer einig. Wichtig ist es, die Angst vor Schmerzen zu nehmen. Deshalb muss die Palliativmedizin weiter gestärkt werden, um jedem Betroffenen den Zugang zu ermöglichen. Durch die Diskussion bin ich in meiner Meinung bestärkt worden, dass der gewerbsmäßigen Sterbehilfe ein Riegel vorgeschoben werden muss.

Ich möchte mich bei allen Besucherinnen und Besuchern für die Beiträge bedanken. Diese haben mir nochmals verdeutlicht, wie viele verschiedene Meinungen es zu diesem Thema gibt. Neben den vielen juristischen und religiös geprägten Kommentaren waren es aber besonders die persönlichen Erfahrungen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer, die mich berührt haben und die ich in meine persönliche Entscheidungsfindung miteinfließen lassen werde.

„Besuch aus dem Wahlkreis“

Am 02. Juli 2015 war der Gesamtwerkstattrat der Hephata-Werkstätten Mönchengladbach zu Besuch im Deutschen Bundestag. Bei einem sehr lebendigen Gedankenaustausch informierte sich die Gruppe über die Arbeit der Abgeordneten im Deutschen Bundestag und brachten mir abermals Nahe, wie wichtig es ist, die Inklusion in Deutschland weiter voranzubringen. Ich wünsche dem Gesamtwerkstattrat weiterhin viel Kraft und Mut sich so zu engagieren, wie ich Sie auch schon in vorherigen Besuchen in Mönchengladbach kennenlernen durfte. Es ist wichtig Wünsche und Forderungen zu benennen, denn nur so kann sich etwas verändern und Inklusion Raum greifen. Danke für das konstruktive und informative Gespräch!

Außerdem hatte ich in der Zeit vom 06. bis 09. Juli bei bestem Sommerwetter wieder 50 Mönchengladbacherinnen und Mönchengladbacher im Rahmen einer Bundespresseamtsfahrt zu Besuch an meinem Arbeitsplatz in Berlin. Es war wie immer ein tolles Erlebnis! Neben dem Besuch im Bundestag, einem Informationsgespräch in der Friedrich-Ebert-Stiftung und dem Besuch der Gedenkstätte Berliner Mauer in der Bernauer Straße, standen auch ein Informationsgespräch im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie sowie eine Führung durch das Haus der Wannsee-Konferenz auf dem Programm.

„Neues von den Fohlen des Bundestages“

Pünktlich zum Trainingsauftakt unserer Borussia für die hoffentlich sehr erfolgreiche Saison 2015/2016 gibt es auch von Bundestagsfanclub etwas Neues zu berichten. Die „Fohlen des Bundestages“ sind nun ein eingetragener Fanclub.

Borussia VfL 1900 e.V. Mönchengladbach
Saison 2014 / 2015

Zur Anerkennung als
„offiziell registrierter Fanclub“
wird dem

Borussia-Fanclub

„Fohlen des Bundestages“

diese

Urkunde

verliehen.

Mönchengladbach, den 19. Juni 2015

Rolf Königs
Präsident

Rainer Bonhof
Vize-Präsident

Siegfried Söllner
Vize-Präsident

Wir sind stolz ein Teil der „Borussen-Familie“ zu sein und freuen uns auf die kommende Saison!

Impressum

V.i.S.d.P.: Gülistan Yüksel, MdB | Platz der Republik 1 | 11011 Berlin | Tel: 030 / 227 73553

guelistan.yueksel@bundestag.de | www.guelistan-yueksel.de

© 2015 | Gülistan Yüksel MdB

Redaktion und Layout: Tobias Paszek | Redaktionelle Mitarbeit: Judith Aßmann

Sollten Sie diesen Newsletter nicht mehr erhalten wollen, möchten wir Sie bitten, uns Ihre Newsletter-Abmeldung per E-Mail mitzuteilen. Anschließend wird Ihre E-Mail-Adresse aus dem Verteiler gelöscht.